



22. März 2015 (Verbesserung)

Unternehmer Atlanco Rimec wird angepackt und wegen Sozialdumping im europäischen Bausektor verurteilt.

Drei Jahre, nachdem die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter eine offensive Kampagne gegen das irische Leiharbeitsunternehmen Atlanco Rimec wegen der Ausbeutung von Tausenden ausländischer Arbeitnehmer aus verschiedenen osteuropäischen Ländern eingeleitet hatte, sind die ersten Ergebnisse sichtbar.

Am 14. März 2015 wurde das französische Bauunternehmen Bouygues, als Generalunternehmer von Atlanco Rimec, zur Zahlung einer Entschädigung von 150 000 Euro und der Rückerstattung von 22 Millionen Euro an die französische Sozialversicherung und den Fiskus angeklagt. Das erstinstanzliche Anklag verweist auf die gezielte Einrichtung komplexer grenzüberschreitender Strukturen im Hinblick auf die illegale Beschäftigung von 500 polnischen und rumänischen Arbeitnehmern in einem mehrjährigen Zeitraum. Der Sozialbetrug fand auf einer Baustelle in Flamanville statt.

Am 18. März 2015 wurde Atlanco durch ein Zwischenurteil in den Niederlanden zur Zahlung eines Vorschusses von 500 000 Euro auf ein Sperrkonto in Erwartung des endgültigen Urteils verurteilt. Daneben muss das Unternehmen Atlanco unverzüglich alle verlangten Daten übermitteln und den niederländischen Bautarifvertrag einhalten. Das endgültige Urteil wird im Juni 2015 erwartet. Die Verurteilung erfolgt nach der Entsendung von 180 portugiesischen und 25 polnischen Arbeitnehmern zur niederländischen Baustelle „Avenue 2“ in Maastricht. Zu seiner Verteidigung versuchte Atlanco – als Druckmittel – die niederländischen Gewerkschaftsfunktionäre für angeblichen Imageschaden persönlich haftbar zu machen. Diese Klage wurde abgewiesen.

Leider ist der Sozialbetrug von Atlanco Rimec nur die Spitze des Eisbergs. Täglich werden Tausende ausländische Arbeitnehmer als „billige Arbeitskräfte“, ohne Sozialschutz, ausgebeutet. Die EFBH verlangt, dass das Problem des grenzüberschreitenden Sozialdumpings auf europäischer und nationaler Ebene vorrangig behandelt wird und dass:

- Sozialbetrug als Vergehen anerkannt wird;
- die Anzahl der Inspektionen auf den Baustellen drastisch erhöht wird und die nationalen Inspektionsdienste erheblich verstärkt werden (Logistik, Personal und Befugnisse);
- die nationalen Inspektionsdienste effizient zusammenarbeiten und alle Informationen untereinander austauschen;
- Leiharbeit im Bausektor nicht ohne Weiteres zugelassen, streng kontrolliert oder sogar verboten wird;
- das Problem der Scheinentsendung auf europäischer und nationaler Ebene angepackt wird;
- Europa ein soziales Europol gründet, das die grenzüberschreitende soziale Ausbeutung besser bekämpfen kann;
- das europäische Entsendungssystem gründlich reformiert wird;
- das Problem der Briefkastenfirmen auf europäischer Ebene angepackt wird.

Kontakt:

Sam Hägglund, samhagglund@efbh.be – Tel.: +32 475 84 06 51

Werner Buelen, wuelen@efbh.be – Tel.: +32 475 84 06 48